

Antrag 504/I/2022**Jusos Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Parteivorstand möge beschließen:****9€-Ticket: Keine Kürzung des Hartz-IV-Regelsatzes durch geringere Ticketkosten!**

1 Im Rahmen der Entlastung wurde zu Beginn dieses Mo-
 2 nats das sogenannte 9-Euro-Ticket eingeführt.
 3 Dies soll Menschen in der momentanen angespannten Si-
 4 tuation auf dem Markt und in den gestiegenen Lebenshal-
 5 tungskosten entlasten.
 6 Nun soll die Differenz des 9-Euro-Tickets zum regulären
 7 Ticket auf den Hartz IV-Regelsatz angerechnet werden.
 8 Dies bedeutet, dass die Jobcenter nur die regulären Ticket-
 9 kosten übernimmt und so der Regelsatz entsprechend ge-
 10 kürzt wird. Dies ist inakzeptabel, denn gerade Transfer-
 11 leistungsbezieher*innen profitieren von der Senkung der
 12 Fahrtkosten, denn ihre Möglichkeiten der sozialen Teilha-
 13 be steigen.
 14 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat, im Berliner
 15 Abgeordnetenhaus und in der Bundestagsfraktion wer-
 16 den aufgefordert, sich gegen etwaige Rückforderungen
 17 einzusetzen.
 18 Zudem wird von ihnen gefordert entsprechende Verord-
 19 nungsermächtigungen gemäß den AG-SGB XII und AG-
 20 SGB II der jeweiligen Bundesländer zu erlassen.
 21 Entlastung muss bei den Menschen ankommen, die sie
 22 wirklich brauchen.
 23
 24
 25
 26

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:
 Der Bundesvorstand der SPD möge beschließen:

Im Rahmen der Entlastung wurde zu Beginn dieses Mo-
 nats das sogenannte 9-Euro-Ticket eingeführt.
 Dies soll Menschen in der momentanen angespannten Si-
 tuation auf dem Markt und in den gestiegenen Lebenshal-
 tungskosten entlasten.

Es soll keine Forderungen bezüglich Rückzahlungen von Differenzen zwischen bereits erstatteten Fahrkarten für Schüler*innen und den 9-Euro Tickets geben. Dies bezieht sich besonders auf die in einigen Bundesländern geforderten Rückzahlungen gegenüber Leistungsbeziehenden von Hartz IV. Diese Rückforderung ist inakzeptabel, denn gerade Transferleistungsbezieher*innen profitieren von der Senkung der Fahrtkosten, denn ihre Möglichkeiten der sozialen Teilhabe steigen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat, im Berliner Abgeordnetenhaus und in der Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich gegen etwaige Rückforderungen einzusetzen.

Zudem wird von ihnen gefordert entsprechende Verordnungsermächtigungen gemäß den AG-SGB XII und AG-SGB II der jeweiligen Bundesländer zu erlassen. Entlastung muss bei den Menschen ankommen, die sie wirklich brauchen.